zusammentreten können zum Zweck des Streiks, jede vorherige Vereinigung und Organisation sei aber gesetzlich unzulässig. In der Reichsgesetzgebung sei öfter Hülfe geboten worden. Offenbar politischen Vereinigungen wie den Bürgervereinigungen u. s. w. werde die Verbindung unter einander gestattet, da hätte weder Gericht noch Polizei, sobald aber nur drei Arbeiter zusammenstehen, erfolge ein großes Polizeiaufgebot. Redner wünsche lediglich Sicherstellung des Coalitionsrechts und sei mit jeder von den Juristen vorgeschlagenen Formulirung einverstanden. Abg. Schrader (deutschfreis.) hegt die Befürchtung, daß eine allgemeine Bestimmung keinen genügenden Schutz gewähren würde, denn alle Verbotsurtheile gründen sich darauf, daß die Vereine sich mit politischen Dingen beschäftigt hätten. Eine genaue Präcisirung sei nothwendig. Man müsse genau bestimmen, wenn sich die Arbeitervereine beschäftigen dürften. Die Position der Hirsch-Dunckerschen Vereine scheine das Richtige zu treffen. Die Gefährlichkeit der Vereine würde von der Polizei je nach der gesellschaftlichen Stellung der Mitglieder beurtheilt, es gäbe eine große Zahl von Vereinen, welche sich mit öffentlichen Dingen beschäftigen, ohne je von der Polizei belästigt zu werden. Nicht selten stünden sogar Geh. Räthe an der Spitze von Vereinen, und diese würden bald auf die Ehre verzichten, im Vorstand zu bleiben, wenn sie alle polizeilichen Formalitäten erfüllen sollten. Man stelle sich einmal eine Haussuchung bei diesen Herren vor, um zu eruiren, ob die Vereine unter einander in Verbindung stehen. Redner wünscht, die Vereinsgesetze würden gegen alle in gleicher Weise angewandt, dann würde sich bald zeigen, daß bei der jetzt nach einer Seite beliebten Praxis das ganze Vereinsleben zerstört würde. Redner behält sich weitere specielle Anträge vor. Abg. Geiger (Centrum) hat Bedenken vom partocularistischen Standpunct aus. In Bayern gehe man die Grenzen über das was Politik sei, viel enger als in Preußen, im Uebrigen sei auch er dafür, das Coalitionsrecht möglichst sicher zu stellen. Abg. v. Reinbaben (Reichspartei) hält die gegenwärtige Zeit für ganz ungeeignet, die Rechte der Arbeiter zu erweitern. Die Socialdemokratie dränge systematisch auf Streiks und jetzt hätten auch die Fortschrittler die Gefahren des Coalitionsrechtes erkannt. Die Arbeiter könnten nicht auf eine Linie mit den Arbeitgebern gestellt werden, denn diese verfolgten nicht wie jene gefährliche und revolutionäre Zwecke. Die Arbeitgeber befänden sich in der Defensive. Der Antrag Kayser verfolge politische Zwecke, er wolle ein Loch reißen in das Socialistengesetz. Der Antrag wolle den Arbeitern ein Ausnahmerecht gewähren in Bezug auf ihre Vereine. Das Coalitionsrecht sei gegenwärtig durchaus genügend geschützt, es gebe kein einziges Gerichtserkenntniß, welches darum die Vereine verurtheilt habe, weil sie bessere Arbeitsbedingungen erreichen wollten, sondern die Verurtheilung sei stets erfolgt, weil die Vereine sich noch mit anderen öffentlichen Dingen beschäftigt hätten. Geh. Rath Lohmann erklärt, der Reichsregierung sei nicht bekannt geworden, daß irgend eine Bundesregierung das Coalitionsrecht beschränkt habe. Beschwerden drängen seien beim Reichskanzler nicht eingegangen, dann erst hätte die Reichsregierung Anlaß gehabt, der Frage näher zu treten. Abg. Kröber (Volkspartei) will als Arbeitgeber auch den Schein vermeiden, als ob der Arbeiter durch die Gesetze schlechter gestellt sei als der Arbeitgeber. Er müsse bestätigen, daß der Arbeiter einzeln ohnmächtig sei, und daß das Coalitionsrecht nur dann für ihn Werth habe, wenn er sich ganz fest vereinigen könne. Abg. Struckmann (nat.-lib.) glaubt, daß die jetzigen Bestimmungen der Gewerbeordnung hinreichenden Schutz der Coalitionsfreiheit gewähren. Sei in der Praxis vielleicht manchmal Rechtspflege und Verwaltung verschieden, so würde sich Abhülfe am ehesten bei einer Unterstellung der Vereine unter das Corporationsrecht erzielen lassen. — Die Debatte wurde darauf vertagt.

Zur parlamentarischen Lage.

NLC. Berlin, 10. Januar. Die Gegensätze beim Militairgesetze spitzen sich jetzt immer mehr auf die Frage der Dauer der Bewilligung der Präsenzzahl zu. Septennat oder Triennat stehen sich gegenüber. Das Centrum weist die Möglichkeit, daß es beitragen könnte, das Septennat durchzubringen, noch mit Entschiedenheit zurück. Gleichwohl beruht darauf, daß einige Mitglieder (20 bis 25 würden wohl genügen) sich schließlich auch für die siebenjährige Bewilligung gewinnen lassen, noch die einzige Hoffnung auf eine Verständigung, da ein Heruntergehen der Regierung unter diese Frist wohl ausgeschlossen ist. Die Opposition sucht den Glauben im Lande zu verbreiten, dies Festhalten an dem Septennat sei eine reine Laune und Halsstarrigkeit und entspringe eigentlich nur dem Wunsche der Regierung und der zu ihr stehenden Parteien, eine Auflösung des Reichstags unter einer erfolgversprechenden Wahlparole herbeizuführen und einen gefügigeren neuen Reichstag zu gewinnen, mit dem sich außer dem Militairgesetz auch noch alle möglichen anderen Pläne durchsetzen ließen. Das „Bersteifen" auf das Septennat ist aber keineswegs eine unberechtigte Laune, sondern durch gute sachliche Gründe gerechtfertigt. Das Septennat ist gewiß keine „geheiligte Zahl", aber es stellt eben die richtige Mitte dar zwischen einer „ewigen" Bewilligung und dem Anspruch der Volksvertretung auf periodische Mitwirkung bei Feststellung der Mannschaftszahl; es bezeichnet derjenige Dauer, die man im Interesse der Sicherheit unserer militairischen Institutionen verlangen muß, ohne doch das parlamentarische Mitwirkungsrecht mehr als nothwendig zu beschneiden. Es ist endlich eine Einrichtung, die sich durch zweimalige Wiederholung festgesetzt und als ein richtiger Ausgleich der entgegenstehenden Forderungen bewährt hat. Diejenigen, die das Septennat fordern, halten alle an dem bestehenden Rechte fest, die Gegner sind es, die daran rütteln und die Gelegenheit zu einer parlamentarischen Machterweiterung benutzen wollen. Ganz unannehmbar ist namentlich der Vorschlag der dreijährigen Bewilligung, laßt noch unannehmbarer als der einer alljährlichen. Ein Zusammenfallen der Frist für die Heeresbewilligung mit derjenigen der Legislaturperiode heißt die Militairfrage regelmäßig zum Mittelpunct der Wahlschlacht machen; damit würde unser ganzes politisches Leben unausbleiblicher Erregung über diese eine Frage preisgegeben und im Innersten vergiftet werden. Durchaus unwohl ist ferner die Behauptung, der Reichstag besitze verfassungsmäßig und staatsrechtlich das Recht der alljährlichen Bewilligung. Wenn er sich dieses Rechts auf drei Jahre entäußert oder sich zweimal auf sieben Jahre entäußert habe, so habe er damit ein freiwilliges vorübergehendes Opfer gebracht, und wenn jetzt eine Verständigung nicht erzielt werde, so trete wieder das bestehende Recht der alljährlichen Bewilligung ein. Wo steht denn dieses Recht geschrieben? In der Reichsverfassung heißt es nur: „Für die spätere Zeit (d. h. nach dem 31. December 1871) wird die Friedensprasenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt." Da ist doch nicht von einer Bewilligung durch den Etat die Rede. Um jenes Reichsgesetz wird eben jetzt gehandelt und wenn es nicht zu Stande kommt, so ist ein „Conflict" da. Aber nicht das Aufgreifen eines bestehenden Rechtes ist es, was in Frage kommt.

NLC. Berlin, 10. Januar. Die Aussichten des Militairgesetzes gestalten sich inzwischen allem Anschein nach so, daß das Centrum und die „Freisinnigen" in der zweiten Lesung nach Ablehnung ihrer aus den Commissionsberathungen wieder aufgenommenen Principalanträge gemeinsam für die Bewilligung der Regierungsforderungen auf 3 Jahre stimmen werden. Die beiden genannten Fractionen verlangen jedoch nicht aber die Wendung. Die Frage ist also, ob sie von anderer Seite noch den nöthigen Zuzug erhalten werden. Von den größeren Gruppen, den Socialdemokraten, den Polen und den Elsaß-Lothringern, ist das nicht zu erwarten, der einzige Abg. Zorn von Bulach wird für die Bewilligung auf 3 Jahre stimmen. Außer ihm ist höchstens noch auf eine oder zwei Stimmen aus der Volkspartei zu rechnen. Danach würden es die Freunde des Triennats — denn Centrum die welfischen Repräsentanten und eingerechnet — auf höchstens 172 Stimmen bringen, denen eine Majorität von 225 verneinenden Stimmen gegenüberstehen würde. Sollte trotzdem das Triennat zur Annahme gebracht werden, so gäbe es nur den einen Weg, daß von den Verneinenden mindestens 54 einfach verschwinden müßten. Alle Bemühungen der beiden centrirten Parteien sind denn auch in der That darauf gerichtet, dies Ziel zu erreichen. Ob es möglich ist, steht sehr dahin. Von den Rechten sind mehrere entschlossen, ausdrücklich gegen Alles zu stimmen, ebenso ist es wohl auch für die Socialdemokraten unmöglich, sich bei der wichtigen Abstimmung der Session schließlich zu verflüchtigen. Unter diesen Umständen ist die Ablehnung des Triennats sehr leicht möglich, und es wird sich dann fragen, ob nicht noch nach einer gewissen Zeitfrist von der Opposition adoptirten wird um das Septennat zur Annahme zu bringen. Trotz aller Großsprechereien erscheint diese Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen. Kommt es aber zu gar keinem positiven Beschlusse betreffs der Präsenzziffer, so betrachtet man es heute als nicht unwahrscheinlich, daß der Reichstag alsdann sofort nach der zweiten Lesung aufgelöst werde.

* Die deutschfreisinnige Partei beabsichtigt neuerdings mit ihrem Reichseinkommensteuer-Entwurf wenigstens in den Grundzügen hervorzutreten. Es soll, wie man hört, vorgeschlagen werden, alle Einkommen jeglicher Art über 600 ℳ heranzuziehen und zwar nach einer Classenabstufung von ½ Proc. in der untersten Stufe aufsteigend. Die Zahl der zu erhebenden Monatsraten wird durch den Etat festgesetzt.

Sachsen.

* Leipzig, 11 Jan. In den nächsten Tagen erscheint bei F. A. Brockhaus in Leipzig ein Buch: Eduard Stephani, ein Beitrag zur Zeitgeschichte, insbesondere zur Geschichte der nationalliberalen Partei, von Dr. Fr. Böttcher, Mitglied des deutschen Reichstags. Stephani, der vor Kurzem verstorbene langjährige Leipziger Reichstagsabgeordnete, der vierzig Jahre im öffentlichen Leben, davon ein halbes Menschenalter im Reichstage für die Forderungen des gemäßigten und nationalgesinnten Liberalismus gewirkt, hat von Anfang 1847 bis an sein Ende eine Tagebuch geführt, das viele interessante Aufzeichnungen zur Geschichte der letzten Jahrzehnte enthält und in der vorliegenden Schrift verwerthet worden ist. Stephani war ein Mann, der äußerlich in den parlamentarischen Vorgängen nicht allzu sehr hervorgetreten ist, dabei aber doch eine tiefgehende Wirksamkeit im öffentlichen Leben und in seiner Partei ausgeübt und viel des Bedeutenden mithandelnd und thätig eingreifend durchlebt hat. So bietet das vorliegende Buch einen werthvollen und anziehenden Beitrag zur Zeitgeschichte, insbesondere zur Geschichte der nationalliberalen Partei. „In dem Gewirre der politischen Tageskämpfe", sagt der Verfasser im Vorwort, „verliert das Auge nur zu leicht den Zusammenhang zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Und doch war es niemals nothwendiger, die Lehrmeisterin Geschichte zu befragen, als angesichts der unserer Zeit gestellten, durch eben erlebte Ereignisse aufs neue sehr eindringlich zum Bewußtsein gebrachten Aufgabe, dem deutschen Bürgerthum durch Wiederaufrichtung einer starken gemäßigten Partei im Parlamente eine Vertretung zu verschaffen, welche der Reichspolitik eine sichere Stütze sein und damit zugleich auf dieselbe denjenigen Einfluß gewinnen kann, der den liberalen Anschauungen gebührt." Das Buch enthält folgende Capitel: Die vormärzliche Zeit, die Bewegung von 1848, Leipzig und der Dresdener Maiaufstand von 1849, Dreikönigsbündniß, Reaction, Wiedererwachen, die Umwälzung von 1866, norddeutscher Reichstag und Zollparlament, der erste deutsche Reichstag (1871—1873), der zweite, der dritte, der vierte Reichstag, die Secession, der fünfte Reichstag.

* Leipzig, 11. Januar. Gestern Nachmittag fand in einem Auditorium der Universität eine vom Verein deutscher Studenten einberufene Versammlung der hiesigen Theologie Studirenden statt, um zu dem bekannten Antrage des Centrums im Reichstage, betreffend die Befreiung der Theologen vom Militairdienste, Stellung zu nehmen. Nachdem Herr stud. theol. Krug die Gründe, welche es wünschenswerth erscheinen lassen, daß den Theologen auch ferner die Militairpflicht gewahrt bleibe, auseinandergesetzt hatte, erklärte sich die sehr zahlreich besuchte Versammlung damit einverstanden, daß eine Petition gegen den erwähnten Antrag dem Reichstag übermittelt würde. Das Resultat der Versammlung wurde dem Bureau des Reichstags telegraphisch mitgetheilt, da heute bereits die zweite Lesung der Militairvorlage stattfindet.

* Leipzig, 11. Januar. Auf der bevorstehenden Internationalen Ausstellung für Volksernährung und Kochkunst (27. bis 31. Januar im Krystall-Palast) wird dem Publicum das seltene Schauspiel geboten, daß große Quantitäten bürgerlicher Normalkost in neu construirten Oefen vor den Augen des Publicums zubereitet und von Jedermann unentgeltlich gekostet werden können, also eine Ausstellung nicht blos zum Schauen, sondern auch zum Genießen. Durch eine besondere Commission soll genau das Verhältniß zwischen Preis und Nährwerth festgestellt werden. Alle Maschinen werden im Betriebe gezeigt. Die Ausstellung ist dermaßen mit Objecten überfüllt, daß trotz der riesigen Dimensionen des erweiterten Krystall-Palastes ein großer Hallenbau ausgeführt werden muß. Der Besuch dürfte sehr lohnend sein, selbst für Laien, namentlich aber für Hausfrauen.

— Herr Archidiakonus Hasse zu Dohna ist zum Pfarrer in Connewitz bei Leipzig erwählt worden, welchem ehrenvollen Rufe der Genannte auch Folge zu leisten gedenkt.

* Zwickau, 10. Januar. Der wegen seines Wohlthätigkeitssinnes namentlich für seine Gemeinde auch in weiteren Kreisen bekannte Herr Commerzienrath Dietel in Wilkau hat neuerdings wieder ein schönes Werk insofern gestiftet, als er die Kirche zu Wilkau auf seine Kosten mit vollständiger, 50 Candelaber umfassenden Gasbeleuchtungs-Einrichtung versehen ließ. — Durch die hiesige Schutzmannschaft wurden im vergangenen Jahre insgesammt 5041 Personen angezeigt, beziehentlich sistirt und verhaftet, gegen 4696 im Vorjahre. Die Zahl der im Laufe des Jahres aus Gasthöfen 2c. bei der Polizeihauptwache zur Anmeldung gelangten Fremden betrug 28,615, gegen 28,741 im Vorjahre. — Die Frequenz bei dem hiesigen Standesamte während des Jahres 1886 stellt sich auf 1584 Geburten, 323 Eheschließungen und 1143 Sterbefälle. Von letzteren entfallen 720 auf Kinder, von denen hier namentlich in den letztvergangenen drei Monaten eine sehr große Anzahl durch Diphtheritis, Croup und Scharlach dahingerafft wurde.

— Kirchberg, 10. Januar. Am Sonnabend Nachts 12 Uhr wurden die Bewohner von hier und Umgegend durch die Sturmglocken und das gegebene Notsignal der Fabrikpfeifen in Schreck versetzt. Es brannte „am Omnisberg", ein besorgnißerregendes Stadtviertel in Bezug auf Feuersgefahr. Obgleich die Brandstätte den schnell herbeigeeilten Rettungsmannschaften schwer zugänglich erschien, so arbeitete man doch mit Aufopferung aller Kräfte dermaßen, daß nur zwei Wohnhäuser, und zwar das des Restaurateurs Trölsch und das des Tischlers Weigel, niederbrannten. Hierbei wollen wir nicht unterlassen, zu erwähnen, daß die Nachbarn in anerkennenswerther Weise den Feuerwehrmannschaften bei ihrer harten Arbeit in dieser kalten Nacht warme Getränke reichten, ein Act, der bei solchen und ähnlichen Fällen gewiß Nachahmung verdient.

Crimmitschau, 10. Januar. Den seitens des Feuerwehr-Commandos und aus Arbeiterkreisen erlassenen Aufrufen zur Aufsuchung des nun gerade drei Wochen im Schnee begrabenen Färbereiarbeiters Fischer aus Lauenhain hatten trotz der gerade gestern vorherrschenden großen Kälte eine große Anzahl Feuerwehrleute und Arbeiter Folge gegeben und so stürmten gestern früh die hilfsbereiten Männer, sämmtlich mit Schaufeln versehen, von allen Seiten nach ihren Sammelplätzen, um nach erhaltenen Instructionen zum Beginne ihres Liebeswerkes nach der Laurenhainer Höhe abzurücken, woselbst auch noch von den nächstgelegenen Dörfern Mannschaften eintrafen. Zählten die arbeitenden Männer schon nach vielen Hunderten, so wurden dieselben doch an Zahl noch von dem zusammengeströmten schaulustigen Publicum übertroffen, welches dieses seltsame, aufopfernde, edle Nächstenliebe bekundende Treiben mit Interesse verfolgte. Aber auch diese Massenarbeit hat den erwünschten Erfolg nicht gehabt, noch immer hat man den auf so schreckliche Weise ums Leben Gekommenen seinen trauernden Angehörigen nicht zuführen können. Dem Vernehmen nach soll am nächsten Sonntag eine nochmalige Durchsuchung vorgenommen werden, deren erfolgreicher Ausgang zwar im Interesse der armen Hinterlassenen sehr wünschenswerth ist, die aber bei der außerordentlichen Höhe der Schneewehen nicht zu verkennende Schwierigkeiten bietet. (C. A.)

— Aus Annaberg schreibt das dortige „Wochenbl.": Die Lenzes des Winters scheinen sich in diesem Jahre auch besonders den Füchsen empfindlich fühlbar zu machen, so daß sie sogar darüber ihre Cardinaltugend, die Vorsicht, vergessen. Bereits mehrfach sind in diesen Tagen Angehörige des Hauses Reinecke auf der Geyersdorfer und Wiesenbacher Straße gesehen worden. Gestern Nachmittag wurde in der Nähe eines Gutes, zu Geyersdorf gehörig, einer der rothen Burschen bemerkt, wie er sich einer halberstarrten Krähe in verdächtiger Weise näherte. Die Flugkraft des Apollvogels schien gelähmt zu sein, denn nach verschiedenen Versuchen, sich in die Luft zu erheben, ließ sie sich endlich resignirt auf einem Baumstumpf nieder. Anscheinend harmlos hatte Reinecke eine kurze Weile auf dem Bauch gelegen, nun that er einen gewaltigen Sprung, ein kurzes Flattern des schwarzen Vogels, und er befand sich zwischen den Zähnen des grausamen Räubers, der in eiligem Lauf seinen Raub vor den Augen der zufällig dem interessanten Kampf ums Dasein Beiwohnenden in Sicherheit brachte.

1. Schneeberg, 9. Januar. Die vom „L. T." aus Plauen gebrachte Mittheilung des dortigen Herrn Oberbürgermeisters Kunze, daß die Stadt Schneeberg mit Militair belegt werden sollte, hat hier allgemeine Freude erregt, denn es ist der sehnlichste Wunsch der hiesigen Bürgerschaft, daß Schneeberg wieder Garnisonstadt werde, und zur Verwirklichung dieses Wunsches werden seiner Zeit die erforderlichen Schritte gethan werden. Bereits ist Ende der vergangenen Woche eine Deputation seitens des hiesigen Militairvereins nach Dresden abgereist, wo sie in Audienzen bei Sr. Majestät dem Könige und dem Herrn Kriegsminister die betreffenden Wünsche persönlich anbringen werden. Der in jener erwähnten Correspondenz gemachte Hinweis auf zwei alte Kasernen in Schneeberg, muß dahin berichtigt werden, daß nur noch eine sich hier befindet, die das Landwehrbezirkscommando benutzt, während eine zweite, die der Stadt gehörte, umgebaut wurde und die Realschule nebst Progymnasium aufgenommen hat. — In Schneeberg wurden im vergangenen Jahre 33 Kinder mehr geboren, 6 Paare mehr getraut, 77 Personen, darunter allein 64 Kinder, mehr beerdigt, und Communicanten waren 87 mehr. Die Zahl der Geburten betrug 368, die der Trauungen 80, der Todesfälle 337 und der Communicanten 3086. — In der Parochie Lößnitz waren 5619 Communicanten (91 mehr), 102 Paar Aufgebotene (12 weniger), 274 Todesfälle (64 weniger) und 404 Geburten (26 weniger). — In Neustädtel wurde am vergangenen Sonnabend Abend der Bergschmied Wentzler, als er von seiner Werkstätte nach Hause ging, durch mehrere Schrote an den Beinen verletzt, welche von zwei Schützen herrührten, die ein auf dem Anstand befindlicher Jagdpächter auf einen Hasen abgegeben hatte. Die erhaltene Verwundung ist glücklicherweise nicht eine schwere. Den Jäger, der als ein sehr vorsichtiger und guter Schütze bekannt ist, trifft gar keine Schuld an dem Unglücke, da er von seinem Standpuncte aus das Näherkommen des Bergschmiedes nicht bemerken konnte. — In Johanngeorgenstadt beschenkte der dortige Frauenverein 61 und der ebenfalls in dieser Stadt bestehende Jungfrauenverein 18 würdige Hilfsbedürftige zu Weihnachten.

† Plauen, 10. Januar. Um den immer häufiger werdenden, Leben und Gesundheit gefährdenden Unfällen beim Gebrauch von Petroleum zu steuern, hat die Polizeiverwaltung des hiesigen Stadtraths Placate mit der Aufschrift „Anweisung für den Umgang mit Petroleum" anfertigen lassen, welche in den nächsten Tagen in sämmtlichen Häusern, und zwar für jede Haushaltung ein Exemplar durch die Schutzmannschaft zur Austheilung gelangen werden. Diese Placate enthalten in 10 Regeln alles, was zur Verhütung von Unglücksfällen beitragen kann. — Dem bei dem hiesigen kaiserl. Postamt angestellten Postillon Röbel ist von der kaiserl. Ober-Postdirection zu Leipzig in Anbetracht seiner guten Führung und seines guten Blasens ein mit Silber verziertes, mit silbernem Mundstück und silbernem Trodrein versehenes, den Namen des Inhabers tragendes Ehren-Posthorn verliehen worden. — Heute ist in die Collection des Herrn Richard Landrock hier der zweite Hauptgewinn der 1. Classe der 111. Lotterie (20.000 ℳ) gefallen. Da, wie man hört, an dem Gewinn auch arme Leute theilnehmen, so ist denselben nachträglich noch eine Weihnachtsfreude zu Theil geworden.

— Bautzen, 10. Januar. Die in den Tagen vom 4. bis mit 6. d. M. ausgelegte Zustimmungsadresse an den deutschen Reichstag, die Militairvorlage betreffend, ist, mit 719 Unterschriften versehen, an den Präsidenten v. Wedell-Piesdorf abgesandt worden. — Ein Freitag von hoher Wichtigkeit und Bedeutung war für die benachbarte Gemeinde Prietitz der hohe Neujahrstag, indem an ihm der neue Pfarrer, zeitheriger Predigtamtskandidat und Mitglied des Predigercollegiums zu Leipzig, Herr Hermann Theodor Günzel, in sein Amt eingeführt wurde.

Meißen, 11. Januar. Nachdem in der Nacht zum Sonntage auch ein zweiter Eisstrom am „Erubenei" zum Stillstand gekommen, versetzte sich der ganze linksseitige Brückenbogen mit Eis, so daß die Elbe nun nur auf zwei freie Brückenjoche angewiesen ist. Daß sich das Eis in derselben festsetzt, ist nicht denkbar, weil das morsche Eis der starken Strömung nicht den nöthigen Widerstand bietet, zumal die großen Schollen aus mehreren kleineren bestehen, die nur lose zusammengefroren sind. Die Eisleisten an den Ufern sind theilweise so breit, daß sie von den Schlittschuhläufern bereits benutzt werden können, so namentlich am Cölln er Ufer in nächster Nähe der Eisenbahnbrücke, bei Neudörschen und Spaar.

† Dresden, 11. Januar. Der hiesige deutsch-freisinnige Verein hielt gestern Abend im weißen Saale des Helbig'schen Etablissements hier eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der von Leipzig nach hier verzogene Schriftsteller Dr. Friedrich Friedrich in nahezu einstündiger Rede über „die Stellung der freisinnigen Partei" sprach. Obwohl Jedermann Zutritt hatte, waren im Ganzen nur 105 Personen der öffentlich ergangenen Einladung gefolgt. An Stelle des — wie wir hören — aus dem Vorstand des Vereins ausgeschiedenen bisherigen Vorsitzenden Rechtsanwalt Emil Lehmann begrüßte dessen Stellvertreter, Kaufmann Bing von hier, die Erschienenen und ertheilte sodann an Dr. Friedrich Friedrich das Wort. Redner begann mit dem offenen Zugeständniß, daß der Einfluß der deutsch-freisinnigen Partei sich nicht vermehrt, sondern verringert habe und daß deren Anhang erheblich im Schwinden begriffen sei. Derselbe versuchte sodann die Gründe klarzulegen, welche diese unbestreitbare Thatsache hervorgerufen. Nach den Ausführungen des Redners seien diese Gründe weder im Princip und in dem Programm, noch in der Thätigkeit und im Verhalten der Partei zu suchen. Das Programm der Deutschfreisinnigen enthalte nicht eine einzige Forderung, die „nicht von der gesunden Vernunft diktirt" werde. Die Vorwürfe der Phantasterei, daß die Partei unerreichbaren Idealen zustrebe, daß sie für die praktischen Bedürfnisse des Lebens und der Politik kein Auge und kein Verständniß zeige, daß sie Obstructionspolitik und Principienreiterei treibe, seien „einfach hohle Phrasen" und „boshafte Verleumdungen". (?) Die sogenannte Obstructionspolitik der Partei bestehe einfach darin, daß sie alle Anträge der Reichsregierung, welche nicht mit den Principien und dem Programm der Partei übereinstimmen, zurückweise, daß sie nicht zur Rolle der „willenlosen Jalager" herabsinke. Da weder das Programm, noch die Thätigkeit der Partei die Gründe für deren Niedergang abgeben könnten, so müßten solche außerhalb der Partei liegen, und diese seien einzig und allein zu erkennen in den ganzen Zeitverhältnissen, in der „verschwommenen politischen Gesinnung unseres gesammten deutschen Volkes". Von allen Parteien verdiene überhaupt nur die deutsch-freisinnige den Namen einer politischen; denn sie allein kämpfe noch für Ideale, sie allein vertrete noch die Rechte des Volkes. (?!) Alle anderen Parteien trieben nur pure Interessenpolitik, und es komme ihm — dem Redner — just vor, als „ob das Reich diesen zur Plünderung preisgegeben" sei. Redner erging sich nun in einer „vernichtenden" Kritik über alle anderen Parteien, bei der natürlich die Nationalliberalen am wenigsten Gnade vor seinen Augen fanden und vielmehr in gewohnter Weise in den stärksten Ausdrücken mit Gift und Galle überschüttet wurden. In Bezug auf den gegen das Verhalten der Deutschfreisinnigen im Reichstage in Sachen der Militairvorlage im deutschen Volke entfachten Entrüstungssturm half sich Redner aus der Schlinge mit dem wohlfeilen Witze, daß es sich hier um ein Theatergewitter handele, wobei Donner und Blitz künstlich gemacht werden. Er frage mit Mephisto: „Wozu der Lärm? was steht den Herren zu Diensten?" Die Reichstagscommission habe ja jeden Gurschen und jeden Mann bewilligt und nur in der Beschränkung der Zeit der Bewilligung stehe seine Partei auf anderem Boden. Die in den letzten Tagen an den Reichstag gelangten vielen Entrüstungsadressen lieferten den Beweis dafür, daß das Rechtsbewußtsein im Volke geschwunden sei, ja daß ein serviler Geist Platz gegriffen habe." (!) — An den Vortrag schloß sich eine längere Debatte, die für weitere Kreise insofern von Interesse war, als dabei die bekannten patriotischen Erklärungen der aus der Partei ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten Schreck und Starke, sowie des ebenfalls ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Roth zur Sprache kamen. Ein noch sehr jugendlicher Redner nannte den Austritt dieser im politischen Leben ergrauten Herren einen „Reinigungsproceß", der sich in der Partei vollzogen habe. Man könne froh sein, daß man diese Herren los geworden sei. Eine herbe Kritik mußte sich sodann die deutsch-freisinnige „Dresdner Zeitung" gefallen lassen, die in Sachen der Militairvorlage einen vermittelnden Standpunct eingenommen hat. Von einem anderen Redner wurde behauptet: „das fahnenflüchtig gewordene Vorstandsmitglied Fabrikbesitzer Carl Roth sei noch niemals fortschrittlich gewesen." Von keiner Seite ward dem widersprochen. Dr. Friedrich Friedrich äußerte sogar, daß man den „abgethanen" Herren Schreck, Starke und Roth gar nicht hätte die Ehre erweisen sollen, in der Versammlung genannt zu werden. (!)

Vermischtes.

⋊ Weimar, 9. Januar. Der hiesige Gewerbeverein erstrebt schon seit einer Reihe von Jahren die Erbauung eines Gewerbehauses und hofft, in nicht zu ferner Zeit dies Ziel zu erreichen, so gut wie dies der Schwesterstadt Eisenach bereits möglich gewesen ist. Das Gewerbehaus soll Ausstellungsort für eine Muster- und Vorbildersammlung, wie für die Erzeugnisse hiesiger Gewerbetreibenden und eine Stätte sein, wo die letzteren auf eigenem Grund und Boden unter sich zu ernsten Thun und zur Erholung vereinigt sein können. Der Baufonds beläuft sich bisher auf 7000 ℳ. Die hiesige bei allen gemeinnützigen Bestrebungen in liberalster Weise mit Beiträgen sich betheiligende Sparcassenverwaltung hat auch hierzu zweimal größere Beträge gespendet. Eine Lotterie nun, zu der von den Mitgliedern und Freunden des Vereins reiche Gaben gewidmet wurden, soll dem Fonds weiter einige Tausend Mark zuführen. Der Ziehungstermin der Lotterie, der ursprünglich auf Ende December 1886 angesetzt war, ist neuerdings um ein Vierteljahr hinausgeschoben worden.

⊙ Gera, 11. Januar. Durch sehr viele auswärtige Zeitungen läuft die Nachricht, daß durch Beschluß des Landtages die Vorschule am hiesigen fürstlichen Gymnasium bereits aufgehoben worden sei. Dem ist aber nicht so, und wir bezweifeln sehr, ob sich der zum Beschluß erhobene Antrag mehrerer Abgeordneten, „das fürstliche Ministerium aufzufordern die Vorschule des fürstlichen Gymnasiums wenn möglich mit Ablauf des jetzigen Schuljahres aufzulösen", so schnell praktisch ausführen läßt. Ueber die Entschließungen der Regierung in dieser Angelegenheit ist hierorts noch nichts bekannt. Bei Erwägung dieses viel besprochenen Antrages wurde darauf hingewiesen, daß durch diese Anstalt eine künstliche Vermehrung der Gymnasialschüler erzielt wird und dieselbe dazu beiträgt, daß eine Menge Kinder sich dem Gymnasium zuwenden und dessen untere Classen füllen, für welche es viel besser sei, wenn sie ihre Elementarbildung in den Bürgerschulen erhalten hätten. — Die bereits von uns gemeldete Entgleisung dreier Personenwagen, von denen einer vollständig umschlug, soll durch vorzeitige Weichenstellung herbeigeführt sein. Leider ist der dabei mit verletzte Vertreter der Erich'schen Bierbrauerei in Erlangen, Kaufmann Lönnig von hier, doch schwerer betroffen, als man anfänglich annahm, indem derselbe eine heftige Drückung des Brustkastens zu erleiden hatte.

— Die erste Volkskaffeeküche in Halle ist eröffnet worden. Der Verein für Volkswohl, dem diese Schöpfung zu danken ist, will auch dem Mindestbemittelten, der jetzt gewohnheitsmäßig schlechten, Gesundheit und Gemüthen verderbenden Kartoffelschnaps trinkt, die Möglichkeit gewähren, statt dessen eine gute Tasse Kaffee, Chocolade oder Warmbier für weniges Geld zu genießen. Bei den angesetzten Preisen von bezw. 5 und 10 ₰ bleibt dem Verein noch ein ganz kleiner Ueberschuß, mit dem er die Baukosten der Kaffeeküche allmälig zu amortisiren gedenkt.

— Blankenburg am Harz, 9. Januar. Auch in unserer für den gesammten Harzverkehr immer wichtiger werdenden Harzstadt hat sich vor einiger Zeit ein Zweigverein des „Harzclubs" gebildet. Der in das Leben gerufene Harzclub wird im April d. J. die erste Generalversammlung in Goslar abhalten. Es steht zu erwarten, daß mit dieser Einrichtung den Interessen des ganzen Fremdenverkehrs im Harze wesentlich gedient werden wird, denn kein urtheilsfähiger Kenner des Harzes kann sich der Wahrnehmung verschließen, daß es noch Manches gibt, was der Besserung bedürftig und fähig ist. Buchenwälle, ja unvergleichlich schöne Partie liegen noch zahlreich abseits und unnahbar da und manches Vorhandene harrt geradezu der helfenden Fürsorge. In den meisten solcher Fälle kann nur Privathülfe und Privatinitiative eintreten, und gerade durch solche Gesammtvereinigung mit einheitlichem Zweck und einheitlichem Ideal kann dieselbe auf die Dauer rege und erfolgbringend erhalten werden. Unsere Harzbahn hat nun auch mit Erfolg ihre erste volle Winterperiode bestanden. Trotzdem an verschiedenen Stellen der Schnee mehrere Meter hoch gelegen hatte, war der Verkehr auf derselben doch nur auf kürzere Zeit unterbrochen gewesen, als auf mehreren Hauptlinien der Ebene. Auch die Mutterlinie, die Strecke Halberstadt-Blankenburg, gehört zu den zuerst wieder frei gewordenen Bahnen. Der Betrieb der Harzbahn, welche bekanntlich das Abt'sche System (combinirte Adhäsions- und Zahnradsystem) adoptirt hat, ist im Uebrigen seit der Eröffnung der ganzen Strecke (15. October v. J.) vollständig normalmäßig und ohne jedwede Störung verlaufen. Einen interessanten Besuch erhielt die Bahn im letzten Herbst; ein Herr aus Neu-Seeland war zu ihrer Besichtigung eingetroffen, der Abgesandter einer Gesellschaft, welche gleichfalls eine Bahnanlage nach diesem Systeme beabsichtigt. Ueberhaupt hat sich eigentlich das Ausland viel mehr mit dieser epochemachenden Neuerung auf dem Gebiete der Eisenbahntechnik befaßt, als „lieb Vaterland". Viele hervorragende politische und technische Organe des Auslandes brachten und bringen ausführliche Beschreibungen der Bahn und des System's, während in Deutschland fast nur die benachbarten größeren Blätter sich der Sache widmeten. Auffallend ist wohl auch das Fehlen der Bahn in unseren großen illustrirten Blättern; denn nicht nur ist dieselbe an und für sich von entschieden hervorragender Bedeutung und einer eingehenden Besprechung in den größten nationalen Blättern vollständig wert, auch in landschaftlicher Beziehung bietet sie nicht geringes Interesse. Für Diejenigen, welche schon in jetziger Zeit ihre Sommer-Reisepläne machen, sei die Bemerkung hingefügt, daß mit Beginn der diesjährigen Saison die gleiche Omnibus-Verbindung zwischen Tanne, der Endstation der Harzbahn, und Braunlage seitens der Bahndirection hergestellt wird, wie sie zwischen der Station Rothehütte und dem Brocken bereits besteht. Braunlage, selbst inmitten herrlicher Buchenwaldungen gelegen, ist zu gleicher Zeit das Ausflugsquartier für den Wurmberg (zweithöchster Berg des ganzen Harzes) und der Achtermannshöhe; auf ersterem wird vorläufig eine kleine Restauration errichtet, später ein größeres Hotel-Etablissement, und somit im eigentlichen Mittelpunkte des schönen Gebirges ein neuer bedeutender Anziehungspunct geschaffen.

— Erfurt, 10. Januar. Ein hiesiges Localblatt bringt folgenden Auszug aus einem Privatschreiben des Generalpostmeisters Staatssecretair von Stephan an die hiesige Firma J. C. Schmidt: „Was mögen Ihre lieblichen Flora-Kinder unter den Schneestürmen jüngst gelitten haben! In Ihrem riesigen Weihnachts-Postverkehr hat gewiß eine schwere Krisis stattgefunden und Ih